

Klaus Dörre, Dieter Sauer, Volker Wittke (Hg.)

KAPITALISMUSTHEORIE UND ARBEIT

Neue Ansätze soziologischer Kritik

campus

Inhalt

Einleitung	
Kapitalismustheorie als Problem der Arbeitssoziologie	9
<i>Klaus Dörre, Dieter Sauer, Volker Wittke</i>	
I. Arbeitssoziologie und Kapitalismuskritik	
Irrtümer, Grenzen und Möglichkeiten arbeitssoziologischer Kapitalismuskritik	25
<i>Christoph Deutschmann</i>	
Arbeit – mehr als Beschäftigung? Zur arbeitssoziologischen Kapitalismuskritik	34
<i>Sarah Nies, Dieter Sauer</i>	
Landnahme durch Bewährungsproben – Ein Konzept für die Arbeitssoziologie	63
<i>Klaus Dörre, Tine Haubner</i>	
II. Was leisten Kapitalismustheorien für die Arbeitssoziologie?	
Zur Einführung	109
<i>Dimitri Mader, Hanno Pahl</i>	
Gegenläufige Blicke auf Kapitalismus und Arbeit – Feministische Kapitalismusanalysen im Verhältnis zu Kapitalismustheorie und Arbeitssoziologie	113
<i>Brigitte Aulenbacher</i>	
Regulationstheorie und Arbeitspolitik	127
<i>Hans-Jürgen Bieling</i>	

Arbeitssoziologie und materialistische Staatstheorie	143
<i>Stefanie Hürtgen, Jens Wissel</i>	
Arbeit und Kritische Theorie – Ein unvollendetes Projekt	157
<i>David Strecker</i>	
Kapitalistische Gesellschaft – Eine differenzierungstheoretische Perspektive	172
<i>Uwe Schimank</i>	
Internationale Politische Ökonomie und Arbeit	187
<i>Stefan Schmalz</i>	
Finanzmarktkapitalismus oder Finanzmarktrationalität?	205
<i>Jürgen Kädler</i>	
Die Konjunktur der Flexibilität – Zu den Temporalstrukturen im Gegenwartskapitalismus	222
<i>Hajo Holst</i>	
 III. Was leistet die Arbeitssoziologie für die Kapitalismustheorie?	
Zur Einführung	243
<i>Peter Bescherer, Harald Hoppadietz</i>	
Haushalte als umkämpfte Räume im kapitalistischen Weltsystem	247
<i>Immanuel Wallerstein</i>	
Leibdienst – Liebesdienst – Dienstleistung	258
<i>Cornelia Klinger</i>	
Arbeit und Reproduktion	273
<i>Kerstin Jürgens</i>	
Arbeit, Unsicherheit, Informalität	289
<i>Nicole Mayer-Ahuja</i>	
Arbeit und Subjektivität	302
<i>Stephan Voswinkel</i>	
Informatisierung als Produktivkraft – Der informatisierte Produktionsmodus als Basis einer neuen Phase des Kapitalismus	316
<i>Andreas Boes, Tobias Kämpf</i>	

Kapitalistische Arbeitsorganisation und Selbsttätigkeit	336
<i>Harald Wolf</i>	
Arbeit und Konsum – Eine neue Perspektive für die Wirtschaftsdemokratie	353
<i>Jörn Lamla</i>	
Arbeit und Nachhaltigkeit	371
<i>Stefanie Hiß</i>	
 IV. Kapitalismustheorie und Kapitalismuskritik	
Zur Einführung	385
<i>Tine Haubner</i>	
Wachstumskritik als Kapitalismuskritik	389
<i>Birgit Mahnkopf</i>	
Arbeit und Entfremdung	410
<i>Hartmut Rosa</i>	
Sozialkritik und Gewerkschaften – Konturen einer schwierigen Beziehung	421
<i>Hans-Jürgen Urban</i>	
Arbeit und gesellschaftliche Legitimation – Zum kapitalismustheoretischen Nutzen einer normativ interessierten Industriesoziologie	446
<i>Wolfgang Menz</i>	
Transformation des Kapitalismus	462
<i>Erik Olin Wright</i>	
Schluss	488
<i>Klaus Dörre</i>	
 Autorinnen und Autoren	 509

Einleitung

Kapitalismustheorie als Problem der Arbeitssoziologie

Klaus Dörre, Volker Wittke, Dieter Sauer

Obwohl als Sieger aus der Systemkonkurrenz hervorgegangen, mehren sich Zweifel an der Zukunftstauglichkeit des Kapitalismus. Das nicht, weil oppositionelle Bewegungen das Überleben dieser Gesellschaftsformation ernsthaft bedrohen würden. Zumindest in ihren alten Zentren sind Arbeiter/-innen-Bewegungen mit antikapitalistischer Programmatik häufig schwächer denn je. Es ist ein systemimmanenter Krisenmechanismus, der in immer neuen Schüben eskaliert und deshalb die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen provoziert.

1. Die Krise als Normalität und Herausforderung

Was 2007 zunächst als Subprime-Krise in den USA begann, hat sich binnen weniger Monate und über alle Divergenzen nationaler Kapitalismusmodelle hinweg zu einem globalen Flächenbrand ausgeweitet. Anders als bei ihren zahlreichen Vorläufer-Krisen konnten die Erschütterungen 2007–2009 nicht aus den alten Zentren herausgehalten werden. Als das Wirtschaftswachstum einbrach, nahmen Arbeitslosigkeit und Prekarität weltweit zu. Zwar zog die Konjunktur in einigen Schwellenländern und auch in Deutschland rasch wieder an, im globalen Maßstab führte das aber weder zu sinkenden Arbeitslosenquoten noch zu einer Korrektur des Polarisierungstrends bei Einkommen und Vermögen.¹ In der Europäischen Union verharrt die Erwerbslosigkeit auf einem Rekordniveau von mehr als elf Prozent (OECD

¹ Obwohl die Weltwirtschaft nach dem vorläufigen Höhepunkt der Krise um durchschnittlich fünf Prozent und im darauf folgenden Jahr noch einmal um vier Prozent gewachsen ist, waren 2011 insgesamt 197 Mio. und damit 27 Millionen Menschen mehr erwerbslos als vor der Krise; ca. 900 Mio. lebten unter der absoluten Armutsschwelle, die mit einem Einkommen von zwei US-Dollar pro Tag definiert wird (ILO 2012).

2012). Allerdings ist der Euro-Raum gespalten. Während die Erwerbslosigkeit in einigen nördlichen Staaten, darunter Deutschland, sinkt, ist sie in anderen Ländern seit der Krise dramatisch expandiert. Frankreich, Griechenland, Ungarn, Italien, Portugal, die Slowakei und vor allem Spanien verzeichnen Quoten im zweistelligen Bereich.

Doch auch in den vermeintlichen Gewinnerstaaten macht sich wachsende soziale Ungleichheit bemerkbar. So ist der Anteil von Löhnen, Gehältern und Sozialleistungen am deutschen Nationaleinkommen innerhalb von zwanzig Jahren um fünf Prozent gesunken (von 67 auf 62 Prozent). Zugleich hat die Konzentration der Vermögen im Zeitverlauf zugenommen; das obere Zehntel der Haushalte verfügte über mehr als 50 Prozent der Vermögenseinkünfte (Frick/Grabka 2009). Insgesamt zeichnet sich eine deutliche Umverteilung hin zu den Vermögenseinkommen und den einkommensstarken Haushalten ab (Brenke 2011: 92).²

In Verbindung mit Produktivitätssteigerungen haben die Reallohnverluste der Beschäftigten die Lohnstückkosten in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern deutlich abgesenkt. Die relativ starke Wettbewerbsposition der in Deutschland ansässigen Unternehmen und auch die relativ erfolgreiche, geräuschlose Bewältigung der großen Krise 2007–2009 beruhten jedoch nicht allein auf derartigen Wettbewerbsvorteilen. Die Fundamente des sogenannten »German Miracle« wurden in einem langen Prozess permanenter Restrukturierung der Abläufe in den Betrieben geschaffen. Standortverlagerungen, Outsourcing, Kostensenkungsprogramme und eine beständige Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit haben einen fortwährenden Arbeitsdruck und eine wachsende Unsicherheit von Beschäftigung, Einkommen und Arbeitsbedingungen erzeugt. Für die Mehrzahl der Lohnabhängigen in den Betrieben wirkte die zurückliegende Finanz- und Wirtschaftskrise daher nicht als singuläres Ereignis, sondern trifft auf schon länger andauernde »alltägliche« Krisenerfahrungen. Anders als ökonomische Zyklen wird die Krise oftmals als ein gleichsam »permanenter Prozess« wahrgenommen, der sich bereits seit über einem Jahrzehnt vollzieht (vgl. Detje u.a. 2011).

2 Bei den Nettolöhnen hat es zwischen 2000 und 2010 mit Ausnahme des obersten Zehntels Einbußen gegeben (ebd.: 95) Die kaufkraftbereinigten Nettostundenlöhne im untersten Zehntel sind von 4,06 Euro im Jahr 2000 auf 3,86 Euro in 2010 abgesunken (Brenke 2011: 95). Im prekären Sektor, dem ein Großteil der ca. 23 % Niedriglohnbezieher (2009, inklusive Rentner, Schüler und Studierende) angehören, verdienen immerhin 3,4 Mio. Beschäftigte (10,7 % der abhängig Beschäftigten) weniger als sieben Euro Brutto, gut eine Mio. weniger als fünf Euro die Stunde (Weinkopf 2010; IAQ 2012).

Noch bedeutsamer als die zwieschlächtigen Erfolgsbilanzen vermeintlicher Gewinnerstaaten (Lehndorff 2012) ist die Tatsache, dass es den Regierungen der OECD-Länder offenkundig nicht gelingt, die strukturellen Krisenursachen zu entschärfen. Innerhalb des Euro-Raums erzeugt jede politische Anti-Krisenintervention gegenwärtig neue Verwerfungen. Der »keynesianische Moment«, den öffentliche Konjunkturprogramme zur Stabilisierung der Wirtschaft und Steuergelder zur Rettung insolventer Kreditinstitute ausgelöst hatten, war für die Staaten teuer. Deshalb ist die Krise aus dem Banken- und Kreditsektor in die Staatsfinanzen und das Währungssystem eingesickert. Um die Finanzmärkte zu beruhigen und den europäischen Rettungsschirm nutzen zu können, werden die Staaten der Eurozone inzwischen einem rigiden Krisenmanagement unterworfen. Die Banken- und Fiskalkrise hat sich zu einer veritablen Währungskrise gemauert, die mittlerweile die Grundfesten der Europäischen Union erschüttert. Mit dem europäischen Fiskalpakt, der für Konsolidierung sorgen soll, bekäme die Austeritätspolitik einen Verfassungsrang; die nationalen Handlungsspielräume für Tarifpolitik und Gewerkschaften würden noch einmal dramatisch verengt.

Noch ist völlig offen, ob und wie die Europäische Union und die gemeinsame Währung diese Krise überstehen werden. Schon jetzt zeigt sich jedoch, dass die ökonomische Langzeitkrise eine ökologische Kehrseite besitzt. Der globale CO₂-Ausstoß übertrifft inzwischen noch die pessimistischsten Prognosen. Politische Zielsetzungen, die Erderwärmung auf durchschnittlich zwei Grad zu begrenzen (Stern 2009), wären bei Fortsetzung dieses Trends schon im Ansatz gescheitert. Der Klimawandel selbst bezeichnet wiederum nur einen von mehreren ökologischen Krisenherden. Bei der Nutzung von Erdöl und zahlreichen anderen endlichen Naturstoffen könnte schon in naher Zukunft ein Kipppunkt (Überschreiten der maximalen Fördermenge) erreicht sein (Meadows u.a. 2012). Die Inkaufnahme letztlich unbeherrschbarer technologischer Risiken erhöht, wie die Reaktorkatastrophe von Fukushima eindringlich belegt, die Brisanz solcher Schwellenwerte zusätzlich.

In der prozessierenden ökonomisch-ökologischen Krise offenbart sich, was in der heterodoxen Umweltökonomie als das Wachstumsdilemma (Jackson 2009) moderner kapitalistischer Gesellschaften bezeichnet wird. Sinkt die Wirtschaftsleistung nach den Maßstäben des Bruttoinlandsprodukts (BIP), sind zunehmende Erwerbslosigkeit, Prekarität und Ungleichheit eine wahrscheinliche Folge. Wächst die Wirtschaft, bedeutet das gegenwärtig eine beschleunigte Vernutzung endlicher fossiler Ressourcen, erhöhten Schadstoffausstoß, die Aufheizung der Erdatmosphäre und die Steigerung ökologischer

Risiken. Wenngleich bei weitem nicht alle diese Krisenphänomene ausschließlich systemischen Funktionsmechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung angelastet werden können, illustriert diese Momentaufnahme doch, weshalb sich inzwischen Teile der kapitalistischen Eliten um den Fortbestand des Gesellschaftssystems sorgen. Die Stabilität nicht nur der kapitalistischen Wirtschaft, sondern ebenso die der wohlfahrtsstaatlichen und demokratischen Institutionen hängt maßgeblich davon ab, ob und wie ökonomisch-materielles Wachstum generiert wird. Noch ist die Wachstumsdynamik in den fortgeschrittenen Kapitalismen des globalen Nordens keineswegs vollständig versiegt, und nach wie vor federn halbwegs robuste Wohlfahrtsstaaten einen Teil der sozialen Risiken ab. Dennoch lässt sich kaum übersehen, dass die Spannungen zwischen Kapitalismus und Demokratie wieder deutlicher zutage treten (Streeck 2011). In den alten Zentren des Wachstumskapitalismus, in Europa und den USA, ist – nicht nur die ökonomische – Krise zur Normalität geworden. Und selbst in den neuen Wachstumsregionen, in den BRICS-Staaten und hier insbesondere in China, eskalieren soziale und ökologische Konflikte, so dass Diskussionen über einen Pfad- und Modellwechsel aufkommen (Arrighi 2007; Silver/Lu Zhang 2009).

Angesichts der Wucht und der Komplexität unterschiedlicher Krisenphänomene hat die Kapitalismuskritik zumindest in einigen ihrer Schattierungen Eingang in den Elitendiskurs gefunden. Das Weltwirtschaftsforum von Davos befasst sich mit der Zukunft des Kapitalismus. Im Feuilleton der Qualitätspresse wird die »Systemfrage« aufgeworfen. Und bekannte Journalisten mit konservativer Grundüberzeugung fragen besorgt, ob die Linke mit ihrer Gesellschaftskritik am Ende doch Recht behalten könnte.

Und die Soziologie? Und die Arbeitssoziologie?

2. Kapitalismus und (Arbeits-)Soziologie

Obwohl ihrem Selbstverständnis nach Krisenwissenschaft, ist die deutsche Soziologie gegenwärtig weit davon entfernt, mit ihrer Expertise und ihren Zeitdiagnosen Deutungshoheit über die Interpretation des gesellschaftlichen Umbruchs zu gewinnen. Sofern sie sich mit der epochalen Krise überhaupt beschäftigen, können Soziologinnen und Soziologen heute nicht selbstverständlich damit rechnen, dass ihre Stimmen im Konzert der Meinungen